



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Christian Flisek, Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Ruth Müller und Fraktion (SPD)

Drs. 18/112, 18/487

Verbreitung von persönlichen Daten und Dokumenten von Politikern und Prominenten im Internet

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die am 04.01.2019 bekannt gewordene und von den Medien breit berichtete digitale Verbreitung personenbezogener Daten und persönlicher Dokumente von Politikern und Privatpersonen in Deutschland zu berichten.

Im Rahmen des Berichts soll insbesondere darauf eingegangen werden,

- ab wann bayerische Sicherheitsbehörden von den Datendiebstählen und Veröffentlichungen informiert waren und wie diese Information erfolgte,
- welche Erkenntnisse die Sicherheitsbehörden über Hergang und Hintergründe der Entwendung und Veröffentlichung dieser persönlichen Daten gewinnen konnten, soweit die Ermittlungsarbeit dies zulässt,
- wie weit in diesem Fall Zuständigkeiten bayerischer Sicherheitsbehörden berührt sind,
- wie weit bayerische Sicherheitsbehörden an Maßnahmen beteiligt sind, oder die Staatsregierung über Maßnahmen informiert ist, die veröffentlichten Daten möglichst umfassend aus dem Netz zu entfernen,
- welche Konsequenzen die Staatsregierung aus der wachsenden Bedrohung durch massenhafte Entwendung und Verbreitung personenbezogener Daten zieht.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung gebeten darzulegen, welche Strategien es gibt, um Leaks oder Cyber-/Hackerangriffe auf persönliche Daten und Dokumente zu verhindern bzw. sich davor zu schützen.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident